



Liebe Leser*innen,

unser Verband engagiert sich für all diejenigen Menschen, die sich oft alleingelassen, sogar isoliert fühlen und deren Teilhabe in unserer Gesellschaft noch immer erschwert wird. Wir machen das konkret mit unserer sozialrechtlichen Beratung in ganz Niedersachsen, mit ehrenamtlichem Engagement vor Ort und indem wir politische Entscheidungen und Handlungen in Niedersachsen kritisch begleiten, sie hinterfragen und uns mit Lösungsvorschlägen in diese einmischen.

Auch jetzt im Vorfeld der Landtagswahl, die am 9. Oktober bevorsteht, haben wir deutliche Forderungen an die Politik für mehr soziale Gerechtigkeit formuliert (siehe Seite II). Das ist leider dringend

notwendig, denn die soziale Ungleichheit in Niedersachsen hat sich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Inflation und der Preisbelastungen in Folge der Energiekrise deutlich verschärft.

Auch Sie selbst erhalten am 9. Oktober die Chance, die Zukunft in Niedersachsen ein Stück weit mitzugestalten, indem Sie zur Wahl gehen und Ihre Stimme abgeben. Ihre Beteiligung ist sehr wichtig, denn wenn Sie nicht wählen, entscheiden nur die Stimmen der anderen über die Zukunft in unserem Bundesland. Lassen Sie das nicht zu, sondern entscheiden Sie mit, wer Sie vertreten soll: Indem Sie wählen gehen, leisten Sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratie. Und Sie erhöhen mit Ihrer Meinungsäußerung die Chance, dass Niedersachsen in der neuen Legislaturperiode in Ihrem Sinne regiert wird.

Ihr

Bernhard Sackarendt
SoVD-Landesvorsitzender

SoVD: Eigenanteile belasten Krankenversicherte mit kleinen Einkommen

Zuzahlungen abschaffen

Für viele Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) müssen Versicherte bestimmte Beträge hinzuzahlen. Das gilt auch für Kosten für Fahrten zu Krankenhäusern oder Praxen, wenn die Beförderung aus medizinischen Gründen notwendig ist. Der SoVD in Niedersachsen kritisiert, dass Betroffene für diese Fahrten überhaupt einen Eigenanteil tragen müssen. Außerdem spricht er sich dafür aus, dass die Zuzahlungsregelung insgesamt abgeschafft wird, da sie unsolidarisch ist.

In ländlichen Regionen Niedersachsens ist die ärztliche Versorgung häufig unzureichend. Deswegen sind kranke oder mobilitätseingeschränkte Menschen auf den eigenen PKW oder ein Taxi angewiesen, um ihre Arztpraxis oder das nächste Krankenhaus aufsuchen zu können. Erfolgen medizinisch zwingend notwendige Fahrten mit dem eigenen PKW, können in bestimmten Fällen 0,20 Euro pro gefahrenen Kilometer von der GKV übernommen werden – allerdings erst nach Abzug einer Eigenbeteiligung von zehn Prozent der Kosten oder von mindestens fünf Euro. Bei kürzeren Strecken bis 25 Kilometer zahlen Patient*innen die Fahrtkosten somit sogar vollständig selbst. Wer mit dem Taxi fährt, zahlt ebenfalls den Eigenanteil von mindestens fünf und höchstens zehn Euro. Auch für verordnete Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte, Vorsor-

maßnahmen und viele weitere Leistungen der GKV müssen Versicherte einen Eigenanteil tragen.

„Die geltenden Regelungen bestrafen diejenigen, die krank sind und einer ärztlichen Verordnung folgen möchten“, sagt Bernhard Sackarendt, SoVD-Vorsitzender in Niedersachsen. Er sieht die Gefahr, dass viele Menschen notwendige Behandlungen nicht in Anspruch nehmen, da die Kostenbelastung für sie zu groß werde. Gerade chronisch erkrankte Menschen seien oft nicht erwerbstätig und bezögen Entgeltersatzleistungen oder kleine Renten. Erst wenn eine bestimmte Belastungsgrenze überschritten wird, können Versicherte von weiteren Zuzahlungen befreit werden. Diese Härtefallregelung entlastet Menschen mit kleinem Einkommen jedoch nicht ausreichend, so Sackarendt. Der SoVD fordert, dass die Eigenbeteiligung abgeschafft wird: „Die Zuzahlun-



Foto: Dragos Condrea / Adobe Stock

Für manche Vorsorgemaßnahmen müssen Versicherte einen Eigenanteil übernehmen.

gen widersprechen dem Solidaritätsgedanken und der vereinbarten Parität bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Arbeitnehmende und Arbeitgeber*innen sollen den Krankenkassen-Beitrag zu gleichen Teilen übernehmen. Das ist durch die Zuzahlungen der Versicherten in der Realität aber nicht erfüllt“, kritisiert Sackarendt.

SoVD und Paritätischer Wohlfahrtsverband fordern Entlastungsmaßnahmen und veröffentlichen Spartipps

Energiekosten: Forderungen an die Politik

Viele Menschen in Niedersachsen wissen nicht, wie sie die deutlich gestiegenen Kosten für Strom und Gas in den kommenden Monaten bezahlen sollen. Besonders trifft das auf Menschen mit kleinen Einkommen zu, die der Paritätische Wohlfahrtsverband und der SoVD in Niedersachsen vertreten. Die Verbände haben in einem Informations-Flyer Tipps veröffentlicht, die Haushalte motivieren sollen, bewusst mit Energie umzugehen und so die eigenen Kosten zu reduzieren. Der Flyer umfasst zudem politische Forderungen: Auch wenn jede*r etwas tun könne, um den eigenen Energieverbrauch zu senken, müsse auch dringend politisch gehandelt werden, um die Menschen zu entlasten, so die beiden Verbände.

„Unsere Mitglieder, die Erwerbsminderungsrenten beziehen oder von der Grundsicherung im Alter leben, schränken sich ohnehin stark ein und haben keinen finanziellen Spielraum, um sich zunächst besonders energiesparende Haushaltsgeräte zu kaufen“, schildert Bern-

hard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Der Flyer mit sieben Spartipps, den der SoVD und der Paritätische gemeinsam veröffentlicht haben, möchte Menschen daher darüber informieren, wie sich der Energieverbrauch ohne großen Aufwand

und ohne Anschaffungskosten wirksam senken lässt.

Zugleich sei den Verbänden bewusst, dass zahlreiche Haushalte dennoch in finanzielle Schwierigkeiten geraten werden. „Viele Menschen können ihren Verbrauch nicht noch weiter einschränken und werden hohe Nachzahlungen für Gas und Strom aufbringen müssen. Die Landesregierung muss vorausschauend handeln und Menschen in diesen Fällen konkret helfen“, sagt Kerstin Tack, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen. Sie und Sackarendt sprechen sich daher für die Einrichtung eines Notfallfonds des Landes aus. Zudem fordern die beiden Verbände eine Deckelung der Energiepreise, damit sich alle Bürger*innen auch zukünftig einen Grundbedarf an Strom und Gas zu gesicherten Preisen leisten können. Auch

müsse die Politik dafür sorgen, dass Kund*innen bei unbezahlten Rechnungen nicht der Strom oder das Gas abgedreht werden kann. Dabei reiche es nicht, die Sperrern einfach nur auszusetzen. Es müsse eine langfristige Lösung für Betroffene geben.

Im Juli hatte der SoVD eine Streichung des Paragraphen 24 im Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung gefordert, damit die Preissteigerungen nicht an die Verbraucher*innen weitergegeben werden können. Er fürchtete, dass ansonsten flächendeckende Strom- sowie Gassperrern und auf Jahre verschuldete Haushalte drohen könnten. Die enormen Kostensteigerungen belasten nicht nur Menschen mit kleinen Einkommen, sondern auch Haushalte aus der Mittelschicht. Diese benötigen ebenfalls Entlastung, so der SoVD.

Mit dem Beschluss vom 15. August ist die staatliche Gasumlage auf 2,4 Cent pro Kilowattstunde festgelegt worden, um Gasversorger zu stützen. Zusätzlich zu den gestiegenen Energiepreisen werden ab Oktober auch Kosten für diese Sonderabgabe auf Verbraucher*innen zukommen. Um diese Belastung abzufedern, hat die Bundesregierung wenige Tage später angekündigt, die Mehrwertsteuer auf Gas auf 7 Prozent zu senken.

FLYER ZUM DOWNLOAD

Der Flyer mit Spartipps und politischen Forderungen zur Bewältigung der Energiekrise kann unter www.sovd-nds.de/sieben-energiespartipps abgerufen und im DIN-A4-Format ausgedruckt werden.



Foto: Erwin Wodicka / Adobe Stock

Deutlich höhere Strompreise, gestiegene Gaspreise und Gasumlage: Haushalte müssen sich auf enorme Mehrbelastungen einstellen.